



Niederschrift

17. Öffentliche Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.09.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Rudolf G. Beeth
Herr Thomas Jäger
Frau Annette Glage
Frau Ute Algier
Frau Ingrid Helmrich
Herr Joachim Miermeister
Frau Ulla Lange
Herr Dr. Christopher Schmidt
Frau Hella Dorando-Marsch
Frau Annelie Eick
Herr Joachim Behm
Herr Matthias Ziebuhr
Herr Norbert Dachsel
Herr Hans Jeenicke
Herr René Bülow
Herr Claus Peter Dieck
Herr Henning Wulf
Herr Gerd-Rainer Busch
Herr Hoffmann Jobcenter Segeberg
Frau Grandt FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit
Frau Andrasch FDL Flüchtlingsbetreuung/Fachaufsicht
Frau McGregor FDL Finanzen
Frau Voss FDL Soziale Sicherung
Herr Giesecke Flüchtlingsbetreuung/Fachaufsicht
Frau Lorenz Flüchtlingsbetreuung/Fachaufsicht
Frau Harder Protokollführerin

Vertretung für: Frau Maren Berger

Vertretung für: Herrn Oliver Weber

KT-Abg. als Gast

KT-Abg. als Gast bis 18:30 Uhr

KT-Abg. als Gast bis 18:45 Uhr

KT-Abg. als Gast

bis 19:20 Uhr

bis 20:05 Uhr

Abwesende:

Frau Susanne Strehl

Frau Maren Berger

Herr Oliver Weber

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.07.2015
- 3 Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Unterausschusses des Sozialausschusses Asyl
- 4 Bericht des Freiwilligenmanagements des Kreises Segeberg
- 5 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 5.1 Betreuung/Supervision von ehrenamtlichen Helfern/Innen in der Flüchtlingsarbeit
Vorlage: DrS/2015/221
 - 5.2 Koordinierungsstelle zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen
Vorlage: DrS/2015/224
 - 5.3 Akuter Personalmehrbedarf in der Sachbearbeitung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Vorlage: DrS/2015/225
 - 5.4 Bericht des Jobcenters
 - 5.5 Wahl der/des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten
Vorlage: DrS/2015/220
 - 5.6 Sachstand zum Projekt "Kreis Segeberg 2030"
Vorlage: DrS/2015/188
 - 5.7 Aufwand für Flüchtlingshilfe in den Jahren 2014 und 2015
Vorlage: DrS/2015/223
 - 5.8 Beschlusskontrolle
- 6 Berichte der Verwaltung

- 7 Verschiedenes
- 7.1 Informationen und Anfragen
- 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 8 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, unter dem TOP 5 die vermeintlich schneller abzuhandelnden Themen wie den Sachstand zum Projekt 2030, den Bericht des Jobcenters sowie die Wahl der/des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten vorzuziehen. Anschließend sollen die Zahlen des Aufwandes für Flüchtlingshilfe präsentiert und dann die entsprechenden Vorlagen behandelt werden. Der Ausschuss erklärt sich mit der veränderten Tagesordnung einverstanden.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.07.2015

Die Niederschrift wird bei einer Enthaltung genehmigt.

zu 3 Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Unterausschusses des Sozialausschusses Asyl

Der Vorsitzende berichtet, dass der Unterausschusses des Sozialausschusses Asyl bisher viermal getagt habe. Es hätten sich dabei die folgenden drei Aufgabengebiete herauskristallisiert: Sprache, Beschäftigung in Arbeit sowie Betreuung des Ehrenamtes.

Die Vorlage zur Koordinierungsstelle werde heute behandelt und es müsse eine Entscheidung getroffen werden, ob heute zusätzliche 2,5 VZS gefordert werden.

Das Thema Arbeit sei noch nicht abgearbeitet. Zum 15.10.2015 wird eine Teamleiterin des Jobcenters für ein halbes Jahr zur Kreisverwaltung abgeordnet, die sich dieser Thematik annehmen wird. Eine Sitzung zum Thema Wohnraum werde folgen. In der kommenden Sitzung des Sozialausschusses werde die Thematik der Sprache beraten.

Frau Andrasch berichtet ergänzend, dass auch die Kommunen sich positiv geäußert hätten. Es habe ebenfalls zustimmende Gespräche mit der Politik gegeben. Es liege nun ein aktuelles Bild mit den Wünschen an den Kreis vor.

zu 4 Bericht des Freiwilligenmanagements des Kreises Segeberg

Frau Lorenz berichtet, dass es im Kreis ca. 350 ehrenamtliche Helfer im Bereich Flüchtlinge gäbe. Es seien ca. 20 Helferkreise und vier eingetragene Vereine. Der Austausch, größtenteils

per Mail und Telefon, laufe sehr gut. Des Weiteren stehe Frau Lorenz für die ehrenamtlichen Helfer sowie die Asylbewerber zur Verfügung. Da sie die arabische Sprache beherrsche, habe im Moment die Betreuung der Asylbewerber im Kreishaus Vorrang.

Als Antwort auf die Frage von Frau Glage, was das Hauptproblem vor Ort bei den ehrenamtlichen Helfern sei, führt Frau Lorenz aus, dass der Zeitaufwand viel größer sei als von vielen erwartet. Nach einem positiv beschiedenen Asylantrag entstehen noch zeitaufwendigere Aufgaben wie z.B. Wohnungssuche oder Besuch beim Jobcenter.

Frau Andrasch ergänzt, dass der politische Auftrag zwar die Betreuung des Ehrenamtes gewesen sei, dieser aber derzeit aufgrund der aktuellen Situation nicht zu erfüllen sei. Das gesamte Team kümmere sich vorrangig um die Anliegen der im Fachdienst vorsprechenden Flüchtlinge, so dass die Mitarbeiterinnen ihren eigentlichen Spezialaufgaben nur sehr eingeschränkt nachkommen können.

Der Ausschuss möchte, dass allen Helfern bei der Umsetzung der Willkommenskultur z.B. denen, die die Beutel bei der Ankunft befüllen, gedankt werden müsse. Für die kommende Sitzung sollen die entsprechenden Akteure daher eingeladen werden.

Der Vorsitzende weist auf die Informationsvorlage DrS 2015/211 hin. Danach sind alle ehrenamtlichen Helfer über den Kreis Segeberg haftpflichtversichert.

Abschließend wirbt der Vorsitzende für die am 26.09.2015 beginnende diesjährige Interkulturelle Woche.

zu 5 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 5.6 Sachstand zum Projekt "Kreis Segeberg 2030" Vorlage: DrS/2015/188

Der Vorsitzende weist auf die Veranstaltung am 05.10.2015 um 18:00 Uhr im Kreistagssaal „Präsentation der Zwischenbilanz des Projektes Kreis Segeberg 2030“ hin, der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 5.4 Bericht des Jobcenters

Herr Hoffmann gibt seinen Bericht zum Mindestlohn zu Protokoll.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss erklärt Herr Hoffmann, dass die Arbeitgeber durch die Einführung keine zusätzlichen Unterlagen an das Jobcenter liefern müssten. Des Weiteren gebe es keine Erkenntnisse, dass der Mindestlohn durch Beauftragung von Subunternehmen umgangen werde, da auch ausländische Firmen in Deutschland an den Mindestlohn gebunden seien. Bei Langzeitarbeitslosen hat der Gesetzgeber die Ausnahme vorgesehen, dass in den ersten sechs Monaten nach Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ein Lohn unterhalb des Mindestlohns gezahlt werden kann, wobei trotzdem auf die Sittenwidrigkeit zu achten sei.

Das Jobcenter überprüft die Arbeitsverträge anhand gesetzlicher Vorgaben, um ggf. Regressansprüche anmelden zu können.

Es sei des Weiteren eine Arbeitsgruppe zur Integration von Flüchtlingen in Arbeit gebildet worden, die besondere Bedarfe dieser Personengruppe, aber auch der Beschäftigten des Jobcenters mit entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen identifizieren soll. Hier sollen allen Personen mit Migrationshintergrund gelistet und mit Qualifikationen hinterlegt werden. Das Jobcenter habe jetzt einen Migrationsbeauftragten, der u.a. diese Aufgabe koordiniert. Zum 01.10.2015 würde zudem ein Sprachmittler eingestellt werden.

zu 5.5 Wahl der/des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten Vorlage: DrS/2015/220

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Wahlverfahren für die Wahl der bzw. des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.7 Aufwand für Flüchtlingshilfe in den Jahren 2014 und 2015 Vorlage: DrS/2015/223

Frau Glage dankt der Verwaltung für die Aufstellung erklärt, dass die Abweichungen, auf die keinen Einfluss genommen werden könnten, von der Planung abweichen würden, erschreckend seien.

Den aktuellen Bericht von Herrn Meenen aus dem letzten OVG-Ausschuss gibt Frau Grandt zu Protokoll.

Auf den Hinweis von Herrn Miermeister, dass noch nicht sicher sei, welche Mittel die Bundesregierung für 2016 geplant habe, erklären der Vorsitzende sowie Frau Grandt, dass es sich bei der vorliegenden Vorlage um einen Ist-Stand handle. Die Zahlen würden zu den entsprechenden Zeitpunkten angepasst werden.

zu 5.1 Betreuung/Supervision von ehrenamtlichen Helfern/Innen in der Flüchtlingsarbeit Vorlage: DrS/2015/221

Zu Beginn erläutert der Vorsitzende, dass es sich bei dieser Vorlage um einen Grundsatzbeschluss handeln würde und er für die kommende Sitzung einen haushaltswirksamen Beschluss erwarte. Frau Andrasch erläutert anschließend, dass diese Vorlage über den Unterausschuss Asyl entstanden sei. In Zusammenarbeit mit Frau Hahn von der VHS habe ermittelt werden können, dass die Kosten für eine Stunde bei ca. 70 € liegen würden und es angemessen sei, 10 Stunden für einen Helferkreis zu planen. Damit ergebe sich ein Aufwand in Höhe von 14.000 Euro für alle Helferkreise. Frau Glage und Herr Schmidt sprechen sich anschließend dafür aus, dass den Ehrenamtlichen so schnell wie möglich eine Hilfestellung gegeben werden müsse, so dass heute bereits ein entsprechender Beschluss gefasst werden solle. Der Vorsitzende stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt für das Jahr 2016 15.000 Euro für eine Supervision für Ehrenamtliche im Bereich der Flüchtlingsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.2 Koordinierungsstelle zur integrationsorientierten Aufnahme von Flüchtlingen Vorlage: DrS/2015/224

Eingangs erläutert der Vorsitzende, dass das Land von allen Kreisen die Einrichtung einer Koordinierungsstelle erwartet und entsprechend einen Teil dieser Stellen finanziere. Der Unterausschuss befürwortet die Einrichtung einer Koordinierungsstelle. Jetzt stelle sich die Frage, ob bereits vorhandenes Personal oder weitere Stellen zusätzlich ab 2016 finanziert werden sollen. Frau Andrasch führt aus, dass bereits ein engagiertes Team mit hoher Fachlichkeit vorhanden sei, aber weitere Experten benötigt werden würden. Die vorhandene und erwartete Arbeit könne allerdings mit dem derzeitigen Personal nicht bewältigt werden. Der Ausschuss spricht sich anschließend für zusätzliche 2,5 Stellen aus und der Vorsitzende stellt den angepassten Beschluss zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss/Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle für die Etablierung eines lokal abgestimmten Aufnahme- und Integrationsmanagements zum 01.07.2015 einzurichten und eine Förderung des Landes gemäß der als **Anlage 1** beigefügten Richtlinie vom 07.09.2015 zu beantragen.
2. Die Arbeit der Koordinierungsstelle des Kreises Segeberg erfolgt unter der Berücksichtigung der Aufgabenstellung der Richtlinie sowie folgender Schwerpunktsetzung: Vermittlung der Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung, Sprachförderung der Flüchtlinge auf allen Ebenen sowie Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer/innen.
3. In den Stellenplan 2016 sind 2,5 zusätzliche Vollzeitstellen (VZS) mit der Entgeltgruppe E 10 befristet bis zum 30.06.2018 (Ende der Förderdauer gemäß Richtlinie) für die Tätigkeit der Koordinierungsstelle aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.3 Akuter Personalmehrbedarf in der Sachbearbeitung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Vorlage: DrS/2015/225

Frau Andrasch erläutert die Vorlage und führt aus, dass es eine Verpflichtung für eine umfangreiche Erstellung von Statistiken gebe, welche von der Verwaltung zu leisten sei. Das Land könne in Zukunft noch anweisen, dass die Gesundheitskarte einzuführen sei. Des Weiteren seien die zusätzlichen Liegenschaften für ca. 300 Personen noch nicht mit berücksichtigt. Es werde deutlich, dass das vorhandene Personal entlastet werden müsse. Frau Glage stellt nach diesen Ausführungen den Antrag, die Befristung bis zum 31.12.2017 zu erweitern, damit auch die Rückstände abgearbeitet werden können. Herr Miermeister ergänzt, dass jedes halbe Jahr über die Abarbeitung der Rückstände berichtet werden möge. Der Vorsitzende stellt die entsprechend angepasste Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

1. In den Stellenplan 2016 sind 4 zusätzliche, bis zum 31.12.2017 befristete Vollzeitstellen (VZS) mit der Entgeltgruppe E 8 für die Sachbearbeitung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Fachdienst 50.60 aufzunehmen. Diese Stellen sind zwecks umgehender tatsächlicher Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 bereits ab dem 01.01.2016 zur Verfügung zu stellen.
2. In den Stellenplan 2016 sind 1,5 zusätzliche, bis zum 31.12.2017 befristete VZS mit der Entgeltgruppe E 5 für die Assistenz in der Sachbearbeitung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Fachdienst 50.60 aufzunehmen. Diese Stellen sind im Vorgriff auf den Stellenplan 2016 ab dem 01.01.2016 zur Verfügung zu stellen. Dabei soll eine Verlängerung der Befristung über den 30.06.2016 hinaus nur nach vorheriger Freigabe durch die zuständigen Gremien erfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, jedes halbe Jahr über den Fortschritt der Rückstandsabarbeitung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.8 Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die zuvor verteilte und dem Protokoll anhängende Übersicht über die aktuelle Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

zu 6 Berichte der Verwaltung

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss, dass in Allris eine weitere öffentliche Informationsvorlage aufgrund einer Anfrage einsehbar sei. Es handle sich um die DrS/2015/227 „Anfrage bzgl. Praktika für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge; Anfrage der CDU-Fraktion“.

Zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen führt Frau Grandt aus, dass sich derzeit 105 im Kreis Segeberg befinden. 90% davon seien 16 bis 18 Jahre alt. Nur 3 bis 5 % seien weiblich. Derzeit sei das Jugendamt bemüht, diese Flüchtlinge entweder in Einrichtungen, Gastfamilien oder gemeinsamen Wohnungen unterzubringen.

Auf Nachfrage von Frau Lange erklärt Frau Glage, dass in den Unterbringungen eine Trennung von Männern und Frauen gewünscht sei, es aber aufgrund der Platzverhältnisse nicht immer möglich sei.

zu 7 Verschiedenes

zu 7.1 Informationen und Anfragen

Auf Nachfrage von Frau Glage nach einem runden Tisch in Sachen Mietobergrenzen entgegnet Herr Giesecke, dass der Ausschuss in seiner April-Sitzung beschlossen habe, diese Angelegenheit bis Anfang nächsten Jahres auszusetzen. Die Grenzen würden aber weiterhin gelten. Zu einer eventuellen Rückerstattung der mit der Vorlage DrS/2015/168 „Antrag der FDP-Fraktion: Übernahme der Kosten von Deutschkursen für Flüchtlinge an der VHS“ bewilligten Mittel durch das Land, erklärt Frau Andrasch, dass noch keine Antwort des Landes vorliege. Des Weiteren weist Frau Glage darauf hin, dass die Stadt Norderstedt bereits einen Erfassungsbogen für Asylbewerber entwickelt habe. Sie könne diesen der Verwaltung zur Verfügung stellen.

Frau Andrasch berichtet in diesem Zusammenhang, dass in Kooperation mit der Volkshochschule Kaltenkirchen-Südholstein GmbH ein Konzept „Deutsch-als-Zweitsprache-Schulung“ für die ehrenamtlichen Flüchtlingslotsen entwickelt werde. Die Mittel stünden durch den Sozial- und Hauptausschuss zur Verfügung. Dem Konzept sei zugestimmt worden.

Frau Algier erkundigt sich nach den langen Bearbeitungszeiten bei Anträgen zur Hilfe zur Pflege, da die Einrichtungen auf das Geld angewiesen seien. Frau Voss erklärt, dass die missliche Lage bekannt und die Verwaltung bemüht sei, diese abzubauen. In der kommenden Sitzung werde es einen Bericht zur Rückstandssituation im Bereich der stationären Pflege geben. Zwei (für 2 Jahre befristete) Stellen für den Rückstandsabbau seien bereits ausgeschrieben und besondere Fälle hätten Vorrang. Frau Grandt erläutert, dass in der Vergangenheit die Möglichkeit der Abschlagszahlungen bereits geprüft wurde, allerdings habe die Kommunalaufsicht festgestellt, dass es sich bei einer Auszahlung ohne Prüfung um eine sog. ungerechtfertigte Bereicherung handeln würde. Eine Ermittlung, ob generell ein Anspruch bestehe sei bereits so aufwendig, dass auch gleich eine abschließende Prüfung stattfinden könne.

Die Frage von Herrn Jäger, ob der Staat private Gebäude beschlagnahmen dürfe, beantwortet Frau Grandt dahingehend, dass das Land hierfür einen außerordentlichen Notstand deklarieren müsse. Der Kreis dürfe dieses nicht, da er keine örtliche Ordnungsbehörde darstelle. Durch die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf und dem Erwerb eines weiteren Gebäudes nehme der Kreis den Kommunen bereits bestimmte Flüchtlingsgruppen ab.

Der Vorsitzende weist auf die Regionale Pflegekonferenz am 23.11.2015 hin und bittet um Mitteilung der Themenschwerpunkte. Frau Voss erklärt daraufhin, dass derzeit die Auswertung der

vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte stattfinden. Eine offizielle Einladung wird rechtzeitig an die Teilnehmer der Pflegekonferenz erfolgen.

Abschließend erklärt der Vorsitzende, mit der Formulierung der Vorlage DrS/2015/219 „2. Nachtragswirtschaftsplan der ISE“ nicht einverstanden zu sein, da nicht nur der Hauptausschuss, sondern auch weitere Ausschüsse wie der Sozialausschuss eingebunden werden müssten.

zu 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Grandt führt folgende Themen für die kommende Sitzung auf: Sprache für Asylbewerber, Danksagung an Akteure der Willkommenskultur, eventuell Personalangelegenheiten, ein Bericht zu den Rückständen bei der Hilfe zur Pflege sowie Vorstellung der Betreuungsbehörde.

zu 8 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rudolf G. Beeth
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Harder
(Protokollführung)